Hitlers notwendig. Aber auch nur als Scheinkandidatur: Denn im voraus schon lassen die Arrangeure der Kandidatur Hitlers erkennen, daß die Aufstellung nur für den ersten Wahlgang gilt, während sie gegen weitere Konzessionen an ihre ursprünglichen Forderungen bereit sind, im zweiten Wahlgang die geschlossene Einheitsfront von Hitler bis Wels herzustellen.

Dieser scheinbare Gegensatz zwischen dem extrem nationalistischen Flügel und dem sogenannten „demokratischen" Flügel des Zentrums und der Sozialdemokratie kann aber in keiner Weise die einheitliche, von der wilhelminischen Militärkaste kommandierte faschisierte Machtpolitik der deutschen Bourgeoisie vertuschen und maskieren. Die Zusammenarbeit des extrem faschistischen Flügels derer um Hitler und Hugenberg mit dem Brüning-Severing-Flügel, wobei die Reichswehrgruppe Groener-Schleicher das Kommando fest in den Händen hat, zeigt sich vor aller Welt so offenkundig, daß es hier nichts zu vertuschen gibt. In Deutschland werden keine politischen Fragen von der Brüning-Groener-Regierung oder von der preußischen Braun-Severing-Regierung entschieden, ohne daß der nationalistische Flügel Hugenberg-Hitler „gehört" wurde oder mit entschieden hätte. Hierbei spielt die Reichswehrgruppe Groener-Schleicher die Vertrauensrolle für die extrem-nationalistische Richtung. Aus dieser politischen Konstellation ergibt sich die Forderung des Hugenberg-Hitler-Flügels nach der Reichskanzlerschaft Groeners mit Besetzung von einigen Ministerien durch den extrem-nationalistischen Flügel.

Das, was sich „oben" in den Kabinettskämpfen im Kräfteverhältnis auswirkt, bei denen der nationalistische Flügel ständig an Boden gewinnt, wirkt sich „unten" im „Volksleben" in rasch zunehmendem Tempo in Bürgerkriegserscheinungen aus. Alle Großstädte und Industriezentren werden mit einem engmaschigen Netz von SA.-Kasernen, den Mordkolonnen des Faschismus, überzogen. Die Mordkolonnen des Faschismus organisieren ununterbrochen „Strafexpeditionen" gegen die Arbeiterviertel und Wahnquartiere der Arbeiter und Erwerbslosen. In dieser Mordatmosphäre erhebt sich, wie das nicht anders denkbar ist, der Millionenprotest und der Millionenwiderstand der Arbeiterschaft und auch derjenigen, die bisher im Lager der Sozialdemokratie und des Reichsbanners gestanden haben.

Die Kampfbereitschaft gegen den Faschismus,

die sich in allen Schichten der deutschen Arbeiterklasse regte, zwang die Sozialdemokratie zu neuen Manövern, um ihre eigene faschistische Entwicklung und ihren Hilfsdienst für den Faschismus vor ihren Anhängern zu maskieren. In dieser Atmosphäre des Kampfes der Arbeiter gegen den Faschismus schuf der Sozialfaschismus die sogenannte „Eiserne Front gegen den Faschismus", mit der sie ihrem Anhang einen Kampf gegen den Faschismus vorzutäuschen versucht, um den Abmarsch desselben zur roten Einheitsfront aufzuhalten. Und diese „Eiserne Front" ist es, die zugleich noch das Mittel bilden soll, mit der die Sozialfaschisten sowohl die Hindenburgwahl wie den Preußenwahlkampf bestehen wollen.

Aber das rauhe Leben des Klassenkampfes in Deutschland zerreißt die Nebelschwaden der „Eisernen Front" und zeigt dahinter das wahre Gesicht des Faschismus in zu klarer Eindeutigkeit. Angesichts des Millionenaufmarsches der roten Klassenfront befahlen die Nazileitungen ihren SA.-Mordtruppen organisierte Ueberfälle auf die kommunistischen Versammlungen, auf die Arbeiterquartiere, auf die Arbeitsnachweise, kurzum überall, wo sich die Arbeiterschaft befindet. Während gegen Arbeiter wegen Waffenbesitzes schwerste Strafen verhängt werden, werden die Nazi-Faschisten ganz offen im Schießen ausgebildet und mit Waffen ausgerüstet. Nachdem die SA.-Banden in Berlin eine Reihe von kommunistischen Versammlungen auseinandergesprengt und verhindert haben, erließ der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski eine Ankündigung, daß infolge „dieser Zusammenstöße" in Zukunft jede Versammlung der Kommunisten verboten werden soll. Hier zeigt sich deutlich, wie die faschistische Einheitsfront des Nazi-Faschismus mit dem Sozialfaschismus die letzten politischen Rechte der Arbeiterklasse vernichten will.

In den letzten Januartagen konnte die bürgerliche Presse frohlockend verkünden, daß in allen Arbeitervierteln Berlins die Mordbanden des Faschismus sich in siegreicher Offensive befänden und damit dem Faschismus das Eindringen in die Arbeitermassen ermöglicht hätte. Aber bereits Anfang und Mitte Februar schrieb die gleiche Presse mit wütender Begeisterung gegen die Kommunistische Partei, daß die Regierung mit fester Hand dem „terroristischen Treiben der kommunistisch verseuchten Arbeiterschaft" Einhalt gebieten müsse. Trotz der feigen hinterlistigen Ueberfälle der Nazibanden auf die Arbeiterschaft, trotz der Schreckensurteile der Justiz, die bereits Todesstrafe gegen Arbeiter, die sich gegen den Mordfaschismus zur Wehr setzen, mit Zustimmung der sozialfaschistischen Helfer beantragen, stößt der Faschismus in Deutschland auf ständig wachsenden und fest organisierten Widerstand des deutschen Proletariats.

Gegen die Offensive der faschistischen Söldnerbanden im Dienste des Finanzkapitals schließt sich überall in ganz Deutschland die rote Einheitsfront immer fester zusammen,

bildet, von Kommunisten geführt, die roten Einheitsausschüsse zur Organisierung des proletarischen Massenselbstschutzes, der sich gliedert in Abwehrgruppen der Betriebe, Arbeitsnachweise und der Wohnbezirke. In diese rote Einheitsfront reihen sich immer größere Scharen parteiloser und selbst sozialdemokratischer und christlicher Arbeiter ein.

Unter der Sammlung der breitesten proletarischen Massen in der roten Einheitsfront zum Kampf gegen die Brüning-Severing-Diktatur, im Kampf gegen den Hitlerfaschismus, im Kampf gegen alle Feinde und Verräter am deutschen Proletariat sammeln sich die Millionenmassen der deutschen Arbeiterklasse zur Stimmabgabe für den Vertreter der Kommunistischen Partei, den Genossen Thälmann.

Unter der wachsenden Kraft der roten Einheitsfront gegen den Faschismus zerschellen die Betrugsmanöver des Sozialfaschismus, deren „Eiserne Front" sich schon wenige Tage nach der Geburt als ein lebensunfähiger Wechselbalg erwies. In Tausenden von Mitglieder- und Zahlabendversammlungen der Sozialdemokratischen Partei erhebt sich flammender Protest der sozialdemokratischen Arbeiter gegen das Eintreten der Parteiführer für die Wahl Hindenburgs. In den Betrieben und auf den Stempelstellen und selbst in Hunderten von der Sozialdemokratischen Partei einberufenen Versammlungen fassen die Arbeiter Beschlüsse und proklamieren in Resolutionen, daß für sie als Kandidat niemals Hindenburg in Frage kommt, sondern nur

der einzige Arbeiterkandidat Thälmann.

So wurde die Kandidatur Thälmanns zur Sammellosung des gesamten gegen den Faschismus kämpfenden Proletariats, gleichgültig in welchen politischen Vereinen oder Parteianhanges sie seither standen.

Noch bei keiner politischen Aktion in der Vergangenheit ist der klare offene Klassencharakter des Kampfes so deutlich in Erscheinung getreten wie bei der gegenwärtigen Reichspräsidentenwahl. Noch nie hat sich so offen das Bündnis aller politischen Strömungen des Faschismus in Deutschland gezeigt. Noch bei keiner politischen Aktion der Vergangenheit ist die deutsche Bourgeoisie in einer so einheitlich geschlossenen Front gegen die Arbeiterklasse aufgetreten und noch bei keiner politischen Aktion der Vergangenheit hat die deutsche Bourgeoisie so unverhüllt ihre [illegible]

schen Terror gegen die Arbeiterklasse ihre Zuflucht gesucht. Das ist das Besondere, das Charakteristische im gegenwärtigen Wahlkampf, daß die Klassenunterschiede, die Klassengegensätze im Klassenkampf so offen hervortreten, so markant sich in den Vordergrund drängen, wie das noch bei keinen politischen Kämpfen in der Vergangenheit der Fall war. Das gibt dem gegenwärtigen Wahlkampf die besondere revolutionäre Kraft, den besonderen Aufschwung des revolutionären Klassenkampfes, der der „demokratischen Stimmenabgabe" den besonderen revolutionären Klassencharakter als Ausdruck der Sammlung der revolutionären Klassenkräfte verleiht. Die Reichspräsidentenwahl wird damit für das revolutionäre Proletariat in Deutschland zum Ausgangspunkt der Sammlung aller revolutionären Kräfte unter der Führung der Kommunistischen Partei [illegible]

Die Parteiarbeiter der Unterbezirke haben getagt

Jetzt: Heran an die Arbeit!

Am Sonntag fanden in ganz Sachsen die Unterbezirks-Parteiarbeiter-Konferenzen der KPD statt, die zu den konkreten Aufgaben der Organisierung des Existenzkampfes der Arbeiter in Verbindung mit der zweiten außerparlamentarischen Massenkampagne zur Reichspräsidentenwahl Stellung nahmen.

Diese Konferenzen, die in unserem Verbreitungsgebiet in Dresden, Ebersbach und Freiberg stattfanden, waren der Auftakt zu der großen Massenmobilisierung, die in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Massenorganisationen und Ortschaften verstärkt einsetzen muß.

Das Ziel unserer Arbeit, die besonders in den Betrieben verzehnfacht werden muß, wird es sein, in beschleunigtem Tempo die Arbeitermassen in der roten Einheitsfront zum Kampf für Arbeit und Brot, gegen Faschismus und imperialistischen Krieg, für den proletarischen Ausweg aus der gewaltigen Krise des Kapitalismus in einem freien sozialistischen Deutschland, zu sammeln.

Diese Arbeit muß gegenwärtig verbunden werden mit der Massenmobilisierung der Arbeiterschaft und aller anderen Schichten der werktätigen Bevölkerung zur Reichspräsidentenwahl und zum roten Volksentscheid in Sachsen.

Unter der Losung Klasse gegen Klasse gilt es, Millionen von Arbeitern zu gewinnen für die rote Einheitsfront, deren Symbol der proletarische Klassenkandidat Ernst Thälmann gegenüber dem faschistischen Kandidaten der Bourgeoisie, einschließlich der SPD, Hindenburg ist.

Begeistert gelobten die auf allen Konferenzen zahlreich erschienenen Funktionäre der Partei und des Jugendverbandes und die Vertreter der Massenorganisationen alle Kräfte einzusetzen, um die Aufgaben der Partei, die durch die Referate und in den lebhaften Diskussionen klar herausgestellt werden, restlos zu erfüllen.

Textilarbeiterstreik in Oberlungwitz

Belegschaft von Kunath & Mecklenburg schlägt Unternehmervorstoß zurück und fordert Anerkennung der RGO

In einer am Freitagabend stattgefundenen Belegschaftsversammlung der Textilfabrik Kunath & Mecklenburg in Oberlungwitz beschloß die Arbeiterschaft einmütig, den Streik gegen den Vorstoß des Unternehmers, die Leistungszulage abzubauen.

Bereits zweimal hatten die Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Betriebes unter Führung der RGO die Unternehmerangriffe zurückgeschlagen und sich die Leistungszulage erkämpft.

Am Freitag hatte die Firma einen Unternehmerjuristen nach dem Betrieb bestellt, um ihre Forderungen in Belegschaftsversammlungen durchzupeitschen. Diese Versammlungen flogen auf, weil die Firma die Forderung der Arbeiterschaft, einen RGO-Vertreter zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, ablehnte. Darauf versuchte die Direktion die Arbeiter gegen die roten Betriebsräte auszuspielen und drohte allen mit fristloser Entlassung, die außertarifliche Löhne verlangen.

Eine von den roten Betriebsräten einberufene Belegschaftsversammlung, in der ein RGO-Vertreter den Arbeitern zeigte, daß sie sich ihre erkämpften Rechte nicht rauben lassen dürfen, **beschloß daraufhin einstimmig** den Streik.

Die Kampfentschlossenheit dieser Belegschaft ist ein Vorbild für alle sächsischen Arbeiter. Sie war nur möglich, weil in diesem Betrieb **die rote Einheitsfront** unter Führung der **RGO** hergestellt ist. 90 Prozent der Belegschaft sind in der RGO organisiert. Einmütig lehnen die Arbeiter ab, die Vertretung durch den DTV mit den Unternehmern verhandeln zu lassen. Die reaktionäre **Gewerkschaftsbürokratie ist ausgeschaltet.** Die Belegschaft verlangt Anerkennung der RGO, weil der Unternehmer den DTV anerkennt. **Sie weiß, daß nur die RGO den erfolgreichen Kampf siegreich ausfechten kann.**

Wieder blutige Naziprovokationen

Nazistoßtrupp überfällt Reichsbannerarbeiter und Kommunisten. Ein SA-Mann in Handgemenge erschlagen, Reichsbannermann schwer verletzt

Berlin, 22. Februar.

In Saarau, Kreis Schweidnitz, kam es bei einer nationalsozialistischen Versammlung zu schweren Zusammenstößen zwischen anwesenden Arbeitern und der SA, die zunächst den SPD-Diskussionsredner ruhig sprechen ließ. Als jedoch ein kommunistischer Diskussionsredner das Wort erhielt, sprang die SA auf und wollte ihn herunterholen. Die Arbeiter, Kommunisten und Reichsbannerproleten griffen zu seinem Schutze ein. Bei der sich entspinnenden schweren Schlägerei wurde ein SA-Mann erschlagen, drei Nazis, ein Reichsbannermann und ein Landjäger schwer verletzt.

Der Dresdner Anzeiger bringt es abermals fertig, über diesen Zusammenstoß einen Bericht zu veröffentlichen, der dem „Braunen Hause" offenkundig seine Ergebenheit demonstrieren soll. Diese Meldung spricht von einem „kommunistischen Ueberfall". Wir veröffentlichen deshalb nachstehend einen Bericht des Berliner Tageblattes, aus dem hervorgeht, daß die Behauptung, es handele sich um einen „kommunistischen Ueberfall", eine unverschämte Lüge darstellt.

In diesem Bericht des BT heißt es: „In [illegible] Personen besuchten Versammlung wurde nach dem Referat der Nationalsozialisten ein sozialdemokratischer Diskussionsredner ruhig angehört. Als ein darauf folgender Kommunist ein paar Worte gesagt hatte, ertönte das Kommando: „SA vor!" und es zu einer blutigen Schlägerei kam. Während dieser [illegible] trafen aus Schweidnitz und Striegau auf Kraftwagen 25 [illegible] ein. Sie wurden von der Landjägerei verhindert, in den Saal einzudringen. Darauf **demolierten sie die Saaltür[illegible] nen und Flaschen.** Als der Saal von den Landjägern [illegible] war, setzten sich die Schlägereien auf der Straße fort, wobei die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch machen mußte. [illegible] Schweidnitzer SA-Leute durch die Kauzdorfer Straße [illegible] rückten, trafen sie auf eine Gruppe von 25 Personen, die [illegible] über das Ereignis des Abends unterhielten. Die Sozialdemokraten, sozialisten, etwa 70 Mann stark, **fielen auf das Kommando ihres Führers: „Links schwenkt, marsch" über die ruhig Stehenden her.** Bei dieser erneuten Schlägerei wurde der nationalsozialistische Sturmtruppführer erschlagen, drei Nationalsozialisten und ein Reichsbannermann schwer verletzt."

Neue Niederlage der Japaner

Der Großangriff auf die chinesischen Stellungen zurückgeschlagen. Kampf um Kiangwan geht weiter

Schanghai, 21. Februar (Eig. Drahtbericht)

Bei Morgengrauen des Sonntags begannen die Japaner von neuem ihren Angriff gegen die chinesischen Stellungen. In der Nacht zum Sonntag hatten sich von Tschapei aus kleine Infanterieabteilungen an die chinesischen Stellungen herangemacht. Es kam zu lebhaften Kämpfen, dabei zeigte sich die Leistungsfähigkeit der chinesischen Artillerie, der es gelang, 26 anrückende japanische Geschütze, die durch Infanterie gedeckt waren, zurückzuschlagen. Auch in Wusung hielten die Chinesen ihre Stellungen. Bei den Kämpfen um Kiangwan haben die Chinesen am Sonnabend etwa 1½ Kilometer Gelände verloren. Bei dem Angriff am Sonntagfrüh, der um 3.30 Uhr begann, erzielten die Japaner in heftigen Kämpfen einige weitere Fortschritte. Die Chinesen leisteten jedoch lebhaften Widerstand. Die Japaner blieben deshalb, obwohl sie schwere Artillerie und Tanks einsetzen, im Angriff stecken. Dadurch gelang es den Chinesen, in zähem Kampfe die verlorene Strecke um das heiß umstrittene Kiangwan zurückzuerobern.

Die Japaner sind gezwungen, eine weitere Division nach dem Kampfplatz zu entsenden, um ihre Positionen zu halten. Die Kämpfe dauern an. Weitere Meldungen befinden sich auf der 7. Seite des Blattes.

Neue Regierung in Frankreich

Paris, 22. Februar (Eig. Drahtbericht)

Am Sonntag wurde das neue Kabinett unter dem Vorsitz von Tardieu gebildet. Der Ministerpräsident übernimmt zugleich das Außenministerium. Finanzminister bleibt Flandin. Das Kriegs- und Marineministerium übernimmt Piétri. Der bisherige Ministerpräsident Laval übernimmt das Justizministerium.

Leipziger Parteizeitung verboten!

Die Leipziger kommunistische Tageszeitung „Sächsische Arbeiter-Zeitung" ist vom 20. bis 28. Februar verboten worden.

Systematisch wird in diesen Tagen eine kommunistische Tageszeitung nach der anderen verboten. Die Arbeiter, die schon längst wissen, wie die „Wahlfreiheit" aussieht, erkennen sehr gut, warum jetzt die kommunistischen Zeitungen verboten werden. Der Massenzustrom zur roten Einheitsfront unter Führung des roten Arbeiterkandidaten Thälmann hat die SPD.-Führer in Schrecken versetzt. Deshalb der tägliche Schrei in der SPD.-Presse nach Unterdrückung der kommunistischen Zeitungen.

Mit größter Empörung wird die Arbeiterschaft zur Kenntnis nehmen, daß nach dem Verbot der „Roten Fahne", der „Nachrichten", des „Ruhr-Echo", der „AAZ." (Hannover), nun auch die Leipziger KPD.-Zeitung verboten ist. Es ist genug! Es gilt, den Massenprotest gegen die Unterdrückung der kommunistischen Presse zu entfachen.